"Westeuropa schafft weltgrößten Absatzmarkt" in The Guardian (23. Oktober 1991)

Legende: Am 22. Oktober 1991 münden die Verhandlungen, die seit Juni 1990 zwischen der EFTA und der EG zur Gründung eines Europäischen Wirtschaftsraumes geführt worden waren, in einer politischen Vereinbarung. Am nächsten Tag betont die britische Tageszeitung The Guardian die Bedeutung dieses Abkommens.

Quelle: PALMER, John 'Western Europe creates world's biggest market' from, The Guardian. 23.10.1991.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:
http://www.cvce.eu/obj/westeuropa_schafft_weltgro%C3%9Ften_absatzmarkt_in_the_guardian_23_oktober_1991-de-f1f004bf-bc0d-4638-ac95-c405ad4a2850.html

Publication date: 01/12/2016

Westeuropa schafft weltgrößten Absatzmarkt

Von John Palmer in Brüssel

Die Außenminister neunzehn westeuropäischer Staaten haben sich auf die Einrichtung des weltweit größten gemeinsamen Marktes geeinigt, der von der Arktis bis zum Mittelmeer reichen und fast 400 Millionen Menschen umfassen wird.

Der gestrige Durchbruch kam nach achtzehn Monaten zäher Verhandlungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Freihandelsassoziation EFTA. Er kennzeichnet die nächste Phase in einem Prozess, der noch vor Ablauf dieses Jahrzehnts in eine Europäische Gemeinschaft bestehend aus dreißig Nationen münden könnte.

Nur wenige Minuten nach der Einigung gab die Schweizer Regierung bekannt, das „Ziel“ der Schweizer Politik sei nun die volle Mitgliedschaft in der Gemeinschaft. Österreich und Schweden haben den Beitritt bereits beantragt, Finnland und Norwegen dürften in Kürze folgen. Zu den weiteren derzeitigen Bewerbern gehören Zypern, Malta und die Türkei.

Gestern erklärte der niederländische Premierminister und Vorsitzender des europäischen Rates Ruud Lubbers, die Verhandlungen zur Aufnahme Österreichs und Schwedens könnten nun womöglich im nächsten Jahr beginnen, ein Jahr früher als ursprünglich erwartet. Kommissionspräsident Jacques Delors pries das Abkommen als „Probelauf für die künftige Mitgliedschaft“.

Im abschließenden achtzehnstündigen Verhandlungsmarathon blieb bis fast zur letzten Minute offen, ob die Vereinbarung zwischen der 12-Staaten-Gemeinschaft und den sieben Ländern der EFTA zur Einrichtung eines Europäischen Wirtschaftsraums zustande kommen würde. Griechenland drohte mit seinem Veto, sofern ihm nicht etliche zusätzliche Lkw-Lizenzen für die umweltsensiblen Alpenrouten zugestanden würden, zudem drohte ein Stillstand bei der Frage des Zugangs zu den Fanggründen der EFTA.

In den frühen Morgenstunden des gestrigen Tages kam dann jedoch eine Rahmenvereinbarung zustande. Sie regelt den umstrittenen Umfang des transalpinen Verkehrs durch Österreich und die Schweiz und bietet im Austausch gegen die Öffnung des Fischereimarkts der Gemeinschaft Zugang zu den isländischen und norwegischen Fischereigewässern.

De facto treten die EFTA-Staaten – Österreich, Island, Finnland, Liechtenstein, Norwegen, Schweden und die Schweiz – damit dem europäischen Binnenmarkt bei, der Ende nächsten Jahres in Kraft tritt. Die EFTA-Staaten müssen rund 10 000 Seiten an EG-Verordnungen für die Bereiche Handel, Wettbewerb und Finanzdienstleistungen anerkennen. Die Überwachung liegt in den Händen eines gemeinsamen Ministerrats von EG und EFTA und eines gemeinsamen europäischen Gerichtshofes.

Die Vereinbarung wurde mit einer gewissen Reserviertheit von der Europäischen Gemeinschaft begrüßt, die zunächst gehofft hatte, der EWR könne eine Alternative zur Erweiterung darstellen, die sich nun aber damit abgefunden hat, dass sie zahlreichen neuen Mitgliedern in West- und Osteuropa ihre Pforten öffnen muss.

Bevor die Vereinbarung dem Europäischen Parlament und den beteiligten neunzehn nationalen Parlamenten zur Ratifizierung vorgelegt werden kann, müssen noch die rechtlichen Einzelheiten ausgearbeitet werden. Theoretisch könnte das Europäische Parlament die Vereinbarung im Rahmen seiner Kampagne zur Ausdehnung seiner Machtbefugnisse nach Inkrafttreten des geplanten Vertrags über die politische Union ablehnen, die MdEPs sind jedoch der Meinung, dass sie ohnehin dabei sind, diesen Kampf zu gewinnen.

Die Vereinbarung gibt britischen Fischern mehr Zugang zu den kabeljaureichen Fanggewässern Norwegens. Der stark vergrößerte europäische Binnenmarkt wird von seinen Fürsprechern zudem als wichtiger Schub für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft angesehen, da er zu einem höheren Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum beitragen kann.

Auf den ersten Blick scheint es so, als seien die reicheren EFTA-Staaten die Hauptnutznießer, allerdings müssen sie die wirtschaftliche Entwicklung der ärmeren, vorwiegend südlichen EG-Mitgliedstaaten mittragen. Gleichzeitig haben die EFTA-Staaten erst dann einen direkten Einfluss auf neue EG-Rechtsvorschriften, wenn sie Vollmitglieder der Gemeinschaft werden.